



Bemühungen um eine Stinnesregierung in Sachsen

Die Gemeindeverwaltung in Sachsen haben sich die Parteipolitischen an der Bürgerlichen Arbeitsteiligkeit beteiligt...

Der Historiker der hat einmal mit diesen Dingen befaßt und die gehörige Distanz dazu erlangt haben wird...

Der Jubel des Kapitalklassen ist verständlich. Die Arbeiter können daraus lernen, daß selbst im sozialistischen Sachsen das Bürgerium bei seiner Arbeit für eine Stinnesregierung mit Recht auf die Unterdrückung eines Teiles der SPD-Führerschaft rechnet...

Der Reichswehr-Mörder

Unser demokratische Reichswehr ist noch viel schneller mit dem Bajonett bei der Hand als selbst der berüchtigte einseitig preussische Majorität. In Walsen kam es am vergangenen Sonntag zu einem Gedränge zwischen Sozialisten und Reichswehrlern...

Zur Tagung des Zentralkomitees der Partei

Von A. Thahmeier.

Die letzte Tagung des Zentralkomitees der Partei ist von außerordentlicher Bedeutung. Im Brennpunkt der Tagung standen die zwei Fragen, die für die nächste Zukunft für den Klassenkampf in Deutschland entscheidend sind...

Der Ausgangspunkt für die politische wie für die wirtschaftliche Einteilung der Partei ist die vor den wertigsten Massen liegende Frage, ob sie oder die Besitzenden die Krisenfolgen tragen sollen. Der Zentralkomitee war sich klar darüber, daß in der gegebenen Lage Deutschlands diese Frage zwangsläufig die Frage grundsätzlicher Eingriffe in das Produktionsverhältnis...

Diese Fragen galt es an den Punkten anzugreifen, wo die Aktion der Masse, der Arbeiterklasse einlehen kann. Es galt von den Tatsachen auszugehen, daß einerseits das deutsche Proletariat in seiner Mehrheit heute noch nicht bewußt kommunistischen Zielen zustrebt, also nicht unmittelbar für direkt kommunistische Maßnahmen in Bewegung steht...

Die Stellungnahme des Zentralkomitees in dieser Frage ist diktiert von dem Gesichtspunkt, daß die Partei verpflichtet ist, das Höchstmaß von Initiative zu entwickeln, um die Arbeiterklasse zur Erfämpfung des Kampfes zu bewegen...

Die Aufgaben der Partei sind zugleich Aufgaben, die der gesamten Arbeiterklasse durch die zunehmende Verelendung und das Vorbringen des Großkapitals gestellt werden...

95 Milliarden neuer Steuern 1583 Mark Steuern pro Kopf

Im Reichsausschuß für Steuerfragen begann Freitag die allgemeine Aussprache über die neuen Steuerentwürfe der Regierung. Eine Lebensfrist über die Steuerdeklaration in Deutschland unter Berücksichtigung der neuen Steuererleichterungen zeigt die „Einnahme“ an Reichssteuern nach dem Entwurf der allgemeinen Finanzverwaltung für 1922. Folgende Steuern kommen in Betracht:

- „Einkommensteuer 23.000 Millionen Mark, Körperschaftsteuer 4.000 Millionen Mark, Kapitalertragssteuer 1.530 Millionen Mark, Neigungsteuer 8.000 Millionen Mark, Bepflichter 20 Millionen Mark, Gehaltssteuer 700 Millionen Mark, Umsatzsteuer (ohne Zugs, Gehaltssteuer) 24.000 Millionen Mark, Grundbesitzsteuer 500 Millionen Mark, Kapitalertragssteuer: a) Gesellschaftsteuer 50 Millionen Mark, b) Wertpapiersteuer 17 Millionen Mark, c) Wertminderungssteuer 10 Millionen Mark, d) Verfallsteuer 50 Millionen Mark, e) Gewerbesteuer 50 Millionen Mark, Kraftfahrzeugsteuer 125 Millionen Mark, Verfallsteuer 350 Millionen Mark, Konsumsteuer 215 Millionen Mark, Lotteriesteuer 60 Millionen Mark, Schenksteuer 30 Millionen Mark, Stempel von Handelsurkunden 100 Millionen Mark, Abgaben vom Personenverkehr 1.000 Millionen Mark, Abgaben vom Güterverkehr 1.600 Millionen Mark, Zugssteuer, Kriegszugabgabe vom Vermögenszuwachs, außerordentliche Kriegszugabgabe 1918, außerordentliche Kriegszugabgabe 1918, Zulufuhr zur außerordentlichen Kriegszugabgabe 1918, Kriegszugabgabe 1918, Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit, zusammen 3.000 Millionen Mark, Zölle 4.700 Millionen Mark, Rollensteuer 10.150 Millionen Mark, Zugssteuer 500 Millionen Mark, Biersteuer 1.000 Millionen Mark, Zugssteuer 500 Millionen Mark, Schenksteuer 100 Millionen Mark, Mineralwassersteuer 60 Millionen Mark, aus der Brennweinvermehrung 170 Millionen Mark, Schiffsverkehrsabgabe 47 Millionen Mark, Zugssteuer 100 Millionen Mark, Salzsteuer 60 Millionen Mark, Jüdensteuer 110 Millionen Mark, Leuchtmittelsteuer 80 Millionen Mark, Spielkartensteuer 10 Millionen Mark, Staatsliche Gebühren 13 Millionen Mark, aus dem Eishilfsmittel 100 Millionen Mark, Ausfuhrabgaben, soweit sie von Zöllen erhoben werden, 700 Millionen Mark.

Die Gesamtsumme der vorstehend angeführten Steuern würde rund 95 Milliarden Mark pro Jahr betragen. Die Gesamteinnahme auf der Kopf mit der 1583,50 Mark ausmachen. Die künftige Belastung des Volkes würde nach der Regierungsschätzung um 52 1/2 Milliarden Mark betragen. Das sind 51,1 Prozent der Gesamteinnahme.

Diese Steuerentwürfe der Regierung sind vor allem gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Der Bericht ist so aufgemacht, daß der Ansehen erweckt wird, der Volk sei mit 51 Prozent der Steuern belastet. Aber es ist ein glatter Schwindel. Allerdings sind 49 Prozent der Steuern indirekte Steuern und treffen den Verbrauch der breiten Massen. Aber auch von den verbleibenden 51 Prozent direkter Steuern zahlt die Arbeiterklasse durch den 10prozentigen Lohnabzug einen großen Teil. Die 95 Milliarden, die einen ungewöhnlich hohen Steuerzuwachs gegen das Proletariat darstellen, belästigen nicht das Defizit des Staatshaushaltes.

Die Arbeiterklasse kann für diesen Plan nur ein glattes Nein als Antwort haben. Den Steuerplänen der Regierung muß sie ihre eigenen gegenüberstellen. Die Verleumdungen der Reichsregierung und der bürgerlichen Regierung, die Steuern auf den Wohlstand abzumähen, muß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln ihren eigenen Steuerplänen die Durchsicht erzwängen.

Die Gewerkschaften haben sich für die Erfassung der Goldwerte erklärt. Die proletarischen Parteien und die Gewerkschaften haben nun die Pflicht, diesen Steuerplänen der Regierung das proletarische Steuerprogramm gegenüberzustellen.

Die Erfassung der Goldwerte in einem solchen Ausmaß, daß das Proletariat von allen Steuern befreit wird.

Schnaps für die Beamten

Die Beamten werden zwar nicht befreit, aber im übrigen gut behandelt. Mit 50 bis 60 Zentnern Schnaps pro Kopf drei bis vier Liter Schnaps pro Kopf...

Bei der Oberprozedur wird in den nächsten Tagen vorläufige Zirkularkommunikation ausgeben werden, der sich im Werte von 29,80 bis 30,50 Mark für einen Liter bewegt. Der Beamten wird nur in einer Menge bis zu drei Litern zur Verwendung im eigenen Haushalt der Postbeamten abgeben.

Man muß die Schnapselieferung der Beamten schon sehr hoch einschätzen, wenn man es für nötig hält, ihnen pro Kopf drei bis vier Liter Schnaps für den Haushalt zur Verfügung zu stellen. Für die Originalität dieser Idee ist aber nicht die Drohverpöhlung des Reichsausschusses, sondern die höhere Stelle des Reichsausschusses, hat im September einen Erlaß herausgegeben, worin es erklärt, daß es nicht dagegen habe, wenn die Wirtschaftsgemeinschaften der Beamten auch außerhalb der Reichsfinanzverwaltung auf Wunsch Trinkbranntwein in möglichen Grenzen gegen Vergütung abgeben. Daraufhin ist neuer Reichsverfassungsausschuß in Gumbinnen die Eisenbahnkassen Gumbinnen auf diese Erlaubnis des Reichsausschusses aufmerksam gemacht worden. Die Eisenbahnbehörde gab den Erlaß an ihre Beamtenliste bekannt mit der Bemerkung, der Brantwein sei von sehr guter Qualität und werde zu 29,80 bis 30,50 Mark pro Liter, und man unter Umständen auch weniger dafür aus den drei Litern, die von der Oberprozedur pro Kopf zur Verfügung gemacht werden.

Wir finden diese Methode grotesk, denn die Behörden haben wirklich allen Anlaß, die Beamtenfrage belassen zu machen.

Lorsur zu belegen. Man gibt den Leuten die Briefe, die Schmeichelei der Angehörigen enthalten, um sie müde zu bekommen. Herr Justizminister, verdamme Sie wenigstens, daß die Leute nach dem Sinne, nach dem Herzen, nach dem Verstande, nach dem Recht (was rechts) wollen es nicht, wie es den Leuten dort geht.

Immer werden die Arbeiter in Halle die Quittung geben. Der Herr Justizminister hat uns in seinen Briefen geschrieben, daß der politische Befehl in Halle gegeben worden sei. Ich bin gekommen die Leute, weil sie in den Anstalten nicht satt gemacht werden, habe. Wie es erzählt worden ist, kam schließlich ein arme Frau. Deren Stiefel wog 20 Gramm mehr als 10 Pfund. Mehr als 10 Pfund darf ein Stiefel nicht wiegen. Weil die Frau zu klein war, mußte ich sie ins Haus bringen, habe ich sie in den Hungen des Mannes zu fassen, Brot und Zwiebeln hineingetan. Nun nahm man sofort Anstalten heraus, daß nur noch 10 Pfund darin waren. (Auch bei den Kommunisten: Hören Sie, Herr Justizminister!) Darf ich einen Major kriegen, ein Kriegsgericht, untergeordnet. Den Leuten keine Frau, kein Tag, und er geht in die Stadt, wann er will, er hat also vollständige Freiheit. Sehen Sie denn nicht, daß eine furchtbare Unbill uns alle, die wir auch nur einen Funken Gerechtigkeitssinn im Leibe haben, erleiden muß, und daß diese Gefangenen, die man so schändlich behandelt, zur Verzeihung gezwungen werden?

Ich habe in allen Anstalten, namentlich

in der Anstalt von Halle, am Richter,

schreiben müssen, daß man den Arbeitern den Lohn, der bei ihrer Verhaftung zufällig in ihrer Tasche war, nebst dem, was bei der Verhaftung in den Anstalten und ihnen dann zuzuführen ist. Dieses Geld wird zu Familien verwendet. Ich habe es erlebt, als ich in Halle war, daß der Direktor, der ein recht menschenfreundlicher Herr ist, mir sagte: Sie morgen keine Frau kriegen, ein Kriegsgericht, untergeordnet. Den Leuten keine Frau, kein Tag, und er geht in die Stadt, wann er will, er hat also vollständige Freiheit. Sehen Sie denn nicht, daß eine furchtbare Unbill uns alle, die wir auch nur einen Funken Gerechtigkeitssinn im Leibe haben, erleiden muß, und daß diese Gefangenen, die man so schändlich behandelt, zur Verzeihung gezwungen werden?

Nun kommt die Befreiung. Einen Stein könnte es erbarmen, wenn man mit Leuten darüber spricht, wie die Befreiung ist. Wie vernünftigen Anstaltsdirektoren haben mir jenseitig befragt, daß die Prozedur unbedingt verpöblich werden müßte, damit die Leute das ewige Hungergeißel los werden. Wir haben ja auch, daß den Anstalten auf die Art und Weise geschlossen wurde, daß man vor den Anstalten den Leuten nach den Gefangenen und Zuführungen immer noch durch Befehle das Los erleichtern sollte. Wie es nach dem politischen Befehlange darin liegt, hat man das Befreiung durch die Angehörigen wesentlich eingekürzt; während man früher wußte bis drei Monate monatlich konnte, ist es jetzt in allen Anstalten durchgehend, daß die Leute nur ein halbes Jahr dürfen, bis sie in den Anstalten, und dieses halbes Jahr nur Brot und Brotzufuhr enthalten. Herr Minister, ist das die Erleichterung in der Anstalt von Halle, wie Sie es innerseits verordnen? „Aber“ Anlaß die Leute vor dem Hungergeißel zu bewahren, werden sie erst durch Hunger zur Verzeihung gezwungen.

Ich glaube, ich habe vor tausend Ohren gesprochen. Aber ich hoffe, daß es schließlich von den Zuhörern da oben ins Land hinaus getragen werden wird, daß die Arbeiter sich drängen zusammenzusetzen und sich den Leuten um die Führer kümmern werden, die sie heute leiden werden, um diesen schändlichen Zustand, der auf uns alle wie ein Stein und ein Meißel, ein Ende zu machen. (Stürmischer Beifall und Handflächen bei den Kommunisten.)

Der Vertreter des preussischen Justizministers antwortete mit einigen Redewendungen. Das Recht der Anstalten habe ausschließlich dem Reich zu sein. Der deutsche Staat könne sich nicht überall in der Welt hinein lassen. Der Herr der SPD „Vorwärts“ bemerkte sich triumphal, das Gefallen seiner Stinneskollegen zu verdienen. Er erklärte, eine Annerkennung des Reiches falls es gewährt werden, da sich unter den politischen Gefangenen schändliche Verhältnisse a. a. H. befinden. Ein Herr der U.S.P. begründete Dr. C. O. H. in einen Antrag, die hungernden Gefangenen in Vierzehner sofort zu beurlauben und in der Zwischenzeit die Urteile nachprüfend. Die bürgerlichen Redner schienen selbstverständlich eine Annerkennung ab. Gemäßliche Anträge der Kommunisten und Unabhängigen wurden niedergeschlagen. Angenommen wurde in Vierzehner sofort zu beurlauben und in der Zwischenzeit die Urteile nachprüfend. Die bürgerlichen Redner schienen selbstverständlich eine Annerkennung ab. Gemäßliche Anträge der Kommunisten und Unabhängigen wurden niedergeschlagen. Angenommen wurde in Vierzehner sofort zu beurlauben und in der Zwischenzeit die Urteile nachprüfend.

Neue Lebensmittelunruhen in Berlin

Berlin, 22. November. Bei den neuen Lebensmittelunruhen in Berlin wurden am Montag 60 Personen verhaftet.

Die Vorgänge, die aus der Verarmungsabstimmung infolge der mahnwürdigen Preissteigerungen zu erklären sind, geben der bürgerlichen Presse Anlaß zu einer wüsten Kommunistenhetze. Der Berliner Polizeipräsident hat ein Verbot von Ämpten erlassen.

Die Scharfmacherpresse krächzt nach dem Belagerungszustand

Berlin, 22. November. Eine Deputation der Berliner Großbetriebe hat den Justizminister Rodburg aufgefordert und ihn zum Erlaß einer Amnestie aufgefordert. Die ablehnende Haltung des Ministers hat bei den Arbeiterdelegationen, einflußreicher Reichsvereine, die sich in einer Art von Versammlung in der Aufgabe des Scharfmacherkreises in Vierzehner fand, einen Berliner bürgerliche Presse fortgesetzt gegen die gegenwärtigen politischen Lage den 21. und 22. 11. 22.

Ein „neuer Nostel“ gefordert

Die „Tägliche Rundschau“ fordert die Sozialdemokratie auf, einen neuen Nostel zu stellen. Die Sozialdemokratie hat als Regierungspartei die Pflicht, sich nicht hindern in dem Weg zu stellen, wenn die Wladimir des Staates gegen Unruheproben angewendet werden müssen.

Das „Aller-Abendblatt“ schreibt: Die zulässigen Steuern haben aber die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um jeder kommunikativen Agitation, die die Ruhe und Ordnung gefährden könnten, zu begegnen.

Das „Berliner Tageblatt“ stellt mit, daß die Reichsregierung in dem heutigen Landesamt keine Verzeihung verweigert. Die Verzeihung richtet sich gegen die Verantwortlichen von Verarmungen der Kommunisten, die heute aber fast hundert sind. Das „S. T.“ bemerkt dazu, daß diese Maßnahmen zu begründen sind und sagt, daß die A.S.D. offenbar die Zeit gekommen ist, die Revolution voran zu treiben.

Banrische Justiz

Ungeheuerlich ist die Langsam der deutschen Arbeiterklasse gegenüber der Treiber reaktionären Justiz in dem Reichstag. Eine Denkschrift des unabhängigen Landtagsabgeordneten Julius Reichlich über den Strafprozeß in den bayerischen Festungsanstalten enthält Zustände, wie man sie früher kaum in den bayerischen Wäldern Europas nicht für möglich gehalten hätte. Seit August 1919 wurde die Justiz in der Reichsjustizverwaltung des Gefängnis- und Justizausbaus nicht eingemacht. Die Zwangsarbeit wurde eingeführt, die Justiz wird herabgesetzt oder aufgehoben, die Einzelhaft eingeführt, die Selbstverletzung bestraft und eine drakonische Zensur verhängt. Alle Ausschüsse, die nicht die Willkür waren, wurden durch die Justiz herabgesetzt. Eine Empörung der Festungsanstalten über die Verschärfung der Haftverordnungen wurde mit weiterer Verschärfung aller Bestimmungen beantwortet. Besonders ist Amnestie des Staatsanwaltes Kraus nach dieser Horrorszene in Bayern ein noch schlimmerer Vorfall über Zellensanstandsbedingungen.







